

VORAN

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 61 Dezember '82 / Januar '83 80 Pfg. - Solidaritätspreis: 1,20 DM

Kohl-Regierung macht Geldgeschenke an die Reichen

1983 DEN CDU-SPUK BEENDEN!



Für SPD-Wahlkampf mit sozialistischen Zielen

Zum zweimonatigen Jubiläum der CDU/CSU/FDP-Regierung möchten wir Arbeitnehmer allen reichen Bürgern und Arbeitgebern gratulieren. Sie haben jetzt mindestens eine Beschäftigung: Sie müssen entscheiden, was sie mit den Geldgeschenken tun sollen, die sie von Kohl&Co. erhalten haben und in Zukunft erhalten werden.

Aber die restliche Bevölkerung hat keinen Grund zum Feiern. Denn diese Regierung hat ganz klar bewiesen, daß sie für die Reichen da ist.

Stoltenberg hat schon Steuererleichterungen für Unternehmen angekündigt. Das soll angeblich Arbeitsplätze schaffen. Wie

denn?! Wenn das Geld überhaupt investiert wird, und das ist nicht sicher. Ein Absatzmarkt für die Produkte wäre der einzige Anstoß zu Investitionen, nicht Geld allein. Doch die Märkte im In- und Ausland sind schon stark geschrumpft. Wenn das Geld tatsächlich investiert wird, dann wird es in neue Anlagen gesteckt, d.h. mehr Arbeitslose.

Hohe Arbeitslosigkeit bedeutet weniger Steuereinnahmen und 8 Milliarden DM mehr an Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung. Da könnte man sich fragen, wer das fehlende Geld blechen muß. Die Regierung hat sich Gedanken gemacht und beschlossen, daß wir, die Arbeit-

nehmer, die Zeche durch Mehrwertsteuererhöhung und Kürzungen im sozialen Bereich zahlen sollen.

Die Entscheidung, den Studenten das Bafög nur als Darlehen zu gewähren, ist ein direkter Angriff auf Arbeiterfamilien. 26% aller Studenten sind voll auf Bafög angewiesen, 70% der Studenten aus Arbeiterfamilien erhalten Bafög. Der Vorwurf der SPD, die Kürzungen seien eine Umverteilung von unten nach oben, ist völlig berechtigt.

Die Unternehmer haben sich in dieser Regierung zusammengefunden, um gegen die Arbeiter vorzugehen und ihre Profite zu retten. Die Arbeitnehmer müssen

sich in SPD und DGB zusammenschließen, um sich gegen diese Regierung der Reichen zu wehren.

Wir müssen uns für einen Wahlsieg der SPD im März '83 einsetzen und mit einem konkreten Programm die Aktionen der Kohl-Regierung umkehren: von oben nach unten!

Bei über 2 Millionen Arbeitslosen müssen SPD und DGB gemeinsam für die 35-Stunden-Woche kämpfen. Natürlich werden die Bosse mit den üblichen Argumenten kommen: "Wer soll das alles bezahlen?", oder "Dann gehen wir pleite!"

Darauf muß der SPD-Wahlpartei im Januar eine politische Antwort geben.

Wenn wir den Bossen diese Argumente nicht abkaufen wollen, müssen wir die Verstaatlichung aller Firmen fordern, die sich weigern, die 35-Stunden-Woche einzuführen oder gar mit Entlassungen drohen.

*Für eine absolute SPD-Mehrheit im März!

*Für eine SPD-Regierung auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Stuart Garvie, Köln
SPD-Mitglied

Massenarbeitslosigkeit und Betriebsschliessungen:

DGB MUSS HANDELN!

Die Zahl der Firmenzusammenbrüche hat 1982 den Nachkriegsrekord von 16.000 erreicht. Jeden Tag lesen wir in den Zeitungen Hiobs-Botschaften über Betriebsschließungen und Massenentlassungen. Ganze Regionen - wie zum Beispiel das Saarland - drohen zu Armenhäusern der BRD zu werden. Für 1983 wird eine durchschnittliche Arbeitslosenrate von 2,5 Mio. erwartet. Wir haben Großbritannien bald "eingeholt" (Wer hätte das noch vor einem Jahr gedacht?)

Gleichzeitig sind die Lächer der öffentlichen Kassen, die durch die Wirtschaftskrise aufgerissen wurden, kaum noch zu stopfen. Die öffentliche Verschuldung hat mit 512 Mrd. DM ebenfalls einen Höchststand erreicht.

Das sogenannte "soziale Netz" ist schon nach kurzer Zeit arg löchrig geworden und ein Ende ist

nicht abzusehen. 1983 wird ebenfalls kein Wachstum erwartet. Allenfalls gegen Ende '83/Anfang '84 rechnen bürgerliche Wirtschaftsexperten mit dem Einsetzen eines leichten Aufschwungs. Doch was bedeutet "Aufschwung"? Verstärkte Investitionen der Wirtschaft, vielleicht Zuwachsraten von 2%... Keinesfalls jedoch Abbau der Arbeitslosigkeit. Im Gegenteil - durch den Einsatz von Mikroprozessoren wird es trotz Aufschwung steigende Arbeitslosenzahlen geben.

Für die Gewerkschaften, für aktive Kollegen, tauchen vor diesem Hintergrund viele Fragen auf: was soll die Gewerkschaft bei Betriebsschließungen tun? Wie verhält sie sich gegenüber den Arbeitslosen? Ist sie nur ein Interessenverband der Arbeitenden? Der plötzliche Anstieg der Ar-

beitslosen auf eine Million nach der Krise 1974/75 wirkte auf viele Kollegen wie ein Schock: sie glaubten, dies sei ein Betriebsunfall, womöglich von den Ölscheichs herbeigeführt.

Doch in den letzten Monaten ist vielen klar geworden, daß hohe Arbeitslosigkeit von nun an eine ständige Erscheinung des Kapitalismus bleiben wird, daß es sich nicht um Faulenzer und Drückeberger handeln kann. Immer mehr Kollegen wird es bewußt, daß sie sich aktivieren müssen, wenn sie Arbeitsplatzabbau und soziale Demontage aufhalten wollen. Dies hat auch die gute Teilnahme an den Demonstrationen des DGB im Oktober/November gezeigt.

Auch in den Betrieben sind die Arbeiter immer weniger bereit, der Vernichtung von Arbeitsplätzen und Firmen zuzusehen:



So gab es z.B. innerbetriebliche Auseinandersetzungen und Demonstrationen der Arbeiter bei den Howaldswerken - Deutsche Werft (HDW) in Kiel, bei der Bremer Vulkanwerft und bei Agfa in München.

Fortsetzung auf Seite 2

Hitlers Machtergreifung vor 50 Jahren

Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler begann am 30. Januar 1933 das düstere Kapitel der deutschen und internationalen Geschichte.

Die stärkste und mächtigste organisierte Arbeiterbewegung der Welt wurde von den faschistischen Banden zertrümmert - ohne koordinierten Widerstand.

Wie konnte es so weit kommen? Wie hätte diese Katastrophe verhindert werden können? Was lernen wir daraus für heute? Mehr darüber bringt VORAN in dieser Ausgabe auf den Seiten 4 und 5!

ARTIKEL ÜBER

Arbeitslosigkeit	S.3
DGB-Demos	S.3
Faschismus	S.4+5
Polen	S.6
Breschnews Tod	S.6
Sozialabbau	S.7
Leiharbeiter	S.7
Rüstungsindustrie	S.8

VORAN

VORAN zur sozialistischen Demokratie!
Überregionale marxistische Zeitung
für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften.
Erscheint seit Dezember 1973.
Abonnementspreis: 7,-DM für sechs Ausgaben
Redaktionsanschrift: VORAN, Hammesberger Str. 75, 5630 Remscheid
Telefon: 0 21 91 / 8 12 64
Bankverbindung: PschA Essen, H.G. Öfing, Konto Nr. 170 20 - 433
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfing
Druck: Gegendruck, Reuenberg 82, 4300 Essen

Geld von Flick

Bisher hat sich noch kaum einer über den Inhalt aufge-regt, sondern nur darüber, daß er in die Presse gelangt ist. Dabei bergen die vom Spiegel veröffentlichten Verneh-mungsprotokolle der in die Flick-Affäre verwickelten Politiker mehr Sprengstoff als zehn herkömmliche Strauß-Affären.

Die vernommenen Herren haben alle ein schlechtes Er-innerungsvermögen. Hier ein Auszug aus dem Protokoll der Vernehmung von Alfred Nau, bis 1975 Schatzmeister der SPD und seitdem für die Friedrich-Ebert-Stiftung tätig:

Frage: Ist Ihnen zu irgendeinem Zeitpunkt auch einmal... ein größerer Bargeldbetrag übergeben worden?

Antwort: Daran kann ich mich nicht erinnern.

Frage: Wäre es Ihnen erinnerlich, wenn sie in den letzten Jahren von Angehörigen des Hauses Flick in bar sechsstel-lige DM-Beträge erhalten hätten?

Antwort: Ich kann mich an einen solchen Betrag nicht er-innern...

Frage: Nach Aufzeichnungen aus dem Hause Flick sollen Sie... am 07.11.80 150.000 DM von Herrn von Brauchitsch (Flick-Manager, d.Red.) erhalten haben. Bleiben Sie bei Ihren bisherigen Antworten?

Antwort: Ich sage Ihnen eine Überprüfung der Angelegen-heit zu, habe jedoch auch nach diesem Vorhalt an derartige Vorgänge keine Erinnerung."

Zwei Wochen später läßt Nau über seine Anwälte mittei-len: "Zahlungsvorgang 07.11.80: Mein Mandant ist seine Erinnerung inzwischen wiederholt durchgegangen; der ge-samte Vorgang ist ihm absolut nicht erinnerlich."

Dazu sei noch angemerkt, daß dem Genossen Nau auch ein anderer Zahlungsvorgang vom 02.11.75 solange nicht erinnerlich war, bis ihm der Staatsanwalt schließlich die Quittung über den Empfang der Summe mit Naus Unter-schrift vorlegte. Nau daraufhin: "Ja, da mir meine Unter-schrift vorgelegt wird, muß wohl die Zahlung erfolgt sein."

Dies ist nur ein besonders bezeichnendes Beispiel. Aber auch alle anderen vernommenen Politiker plagten be-trächtliche Gedächtnislücken.

Sie konnten sich nicht daran erinnern, ob ihnen mehrere zehn- oder hunderttausende von Marken 'rübergeschoben worden waren. (Mein Gott, unsereins weiß schließlich auch nicht mehr, wer einen vor Jahren mal zum Essen einge-laden hat.)

Franz Josef Strauß (keine Affäre ohne ihn) meint über-haupt, das ganze sei alles völlig normal und verwies auf die guten Beziehungen von Wirtschaftskapitänen zu Politikern im allgemeinen, zu solchen der CSU im besonderen.

Daß die Unternehmer auch finanziell gute Beziehungen zur CDU haben, ist nichts neues und kann keinen Arbeiter verwundern. Aber die "Zuwendungen" an Regierungspoli-tiker, die die Staatsanwaltschaft aufdeckte, wurden alle in den Jahren der sozialliberalen Koalition an SPD- und FDP-Prominente getätigt.

Hier ging es dem Hause Flick vor allem darum, den Erlös von zwei Milliarden DM aus dem Verkauf der Daimler-Ak-tien steuerfrei anlegen zu können. Dabei mußten die FDP-Wirtschaftsminister Friderichs und Lambsdorff mit-spielen und bescheinigen, daß das Geld "volkswirtschaft-lich" besonders förderungswürdig wieder angelegt werde. Die notleidende Familie Flick erhielt so ein Steuergeschenk, mit dem man heute lässig die Bafög- und Kinder-geldkürzungen decken könnte.

Aus einem Vermerk des Flick-Konzerns geht hervor, daß Firmeninhaber Friedrich Karl Flick mit einer Spende von 4,5 Millionen DM seines Managers an die SPD-eigene Friedrich-Ebert-Stiftung nicht ganz einverstanden war.

Alfred Nau beeilte sich, in seiner Vernehmung zu er-klären, solche Spenden an die Friedrich-Ebert-Stiftung seien als "ordentliche Überweisungen" gelaufen, "wie es ich gehört". (soso!)

Selbst wenn alles steuerlich ordnungsgemäß gelaufen ist - welches politische Interesse hat der Flick-Konzern an der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sollen wir glauben, daß ein großer Konzern unserer Partei Geld zuschustert, ohne politische Gegenleistungen zu erwarten? Wofür haben SPD-Politiker Gelder erhalten? Welche Ziele werden damit verfolgt?

Die SPD-Mitgliedschaft hat Anspruch auf eine rückhalt-lose Offenlegung dieser wie überhaupt aller Finanzspritzen von außen an die Partei! Wenn die Parteiführung gerade dabei ist, auch die letzte sozialdemokratische Wochenzei-tung in den Ruin zu wirtschaften, wollen wir endlich wis-sen, wie und wodurch sich unsere Partei finanziert.

Fortsetzung von Seite 1:

DGB MUSS HANDELN

Im Raum Frankfurt fanden eine Reihe Werkstor- oder kurzfristige Betriebsbesetzungen statt: bei Adler, den Vereinigten Deutschen Metallwerken (VDM), Rockwell-Golde, Mannes-mann-Demag, Klimsch-Repro-technik und Volvo-Dietzenbach. Die Belegschaft von Videocolor in Ulm besetzten drei Wochen lang ihren Betrieb, der vom französi-schen Konzern Thompson-Brand aufgekauft und dann dicht ge-macht wurde. (Derselbe Kon-zern, der jetzt bei Grundig ein-steigen will!)

Anfang November besetzte die 220-köpfige Belegschaft der Drahtzieherei Georg Heckel GmbH in Saarbrücken (eine Tochter des luxemburgischen Stahlkonzerns ARBED) ihren Be-trieb, der geschlossen werden sollte. (Bis Redaktionsschluß war der Betrieb immer noch besetzt.)

Dies alles sind erste Anzeichen für eine wachsende Kampfbereit-schaft der Arbeiterbewegung. Doch bisher ist der durchschla-gende Erfolg solcher Aktionen ausgeblieben. Kein Wunder, daß andere Belegschaften zögern, nachzuziehen.

Dabei fing der Kampf bei Videocolor z.B. ganz gut an. Die Belegschaft (übrigens darunter viele türkische Arbeiter) war sich einig und entschlossen, durchzu-halten. Von überall her trafen So-lidaritätsschreiben und Spenden-sammlungen ein. Die IG-Metall stellte sich zwar auch hinter die Aktion, doch nach drei Wochen rief IG-Metall-Bezirksleiter Franz Steinkühler den Arbeitern zur Aufgabe. Der Kampf konnte nicht gewonnen werden, man solle versuchen, einen guten Sozial-plan herauszuholen. Nach hefti-ger Diskussion wurde die Be-setzung dann auch beendet.

Doch auch ein noch so guter Sozialplan rettet keine Arbeits-plätze! Die IG-Metall hätte der Belegschaft unbedingt weiterhin den Rücken stärken müssen.

Die Kollegen von Heckel in Saarbrücken sahen auch keinen anderen Ausweg mehr, als die Fabrik zu besetzen. Auch hier kommt es jetzt darauf an, wie

sich die Gewerkschaftsführung verhält. Wenn der Kampf unter-stützt und eine breite Solidari-tätsbewegung organisiert wird, ist ein Sieg möglich.

Hier wie bei jeder anderen drohenden Schließung oder "Sa-nierung" wirft sich doch sofort die Frage auf: warum wird der Be-trieb nicht in öffentliches Eigen-tum übernommen? In vielen Kon-zernen (z.B. auch gerade bei AEG) stecken ohnehin viele öf-fentliche Gelder. Statt weiterhin Subventionen in ein Faß ohne Boden zu pumpen, sollte man solche Firmen lieber gleich in Ge-meineigentum überführen und sie dann unter die demokratische Kontrolle und Verwaltung der Be-schäftigten und ihrer Gewerk-schaften stellen.

Die Arbeitslosen gewerkschaftlich organisieren!

Dies ist der einzige realistische Ausweg. Auf privatkapitalistischer Grundlage gibt es keine Lösung, wie die bisherigen Erfahrungen zeigen. Eine Betriebsbesetzung ist ein erster Schritt in diese Richtung: Die Arbeiter nehmen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand. Doch wenn sie isoliert und auf sich gestellt bleiben, können sie nicht lange durchhalten. Da-rum muß die Gewerkschaftsfüh-rung mit jeder um ihre Arbeits-plätze kämpfenden Belegschaft für die Überführung dieses Unter-nemens in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle der Arbeitnehmer eintreten.

Wenn nur ein solcher Kampf mit Hilfe einer breiten Solidari-tätsbewegung erfolgreich aus-ginge, wäre das eine ungeheuere Ermutigung für andere Beleg-schaften. Denn viele sind heute bereit, etwas gegen ihre ver-zweifelte Lage zu tun. Wenn sie nur wüßten, wie? Wenn sie nur eine kleine Chance sehen wür-den! Die Gewerkschaftsführung kann und muß hier eine Perspek-tive für den Kampf aufzeigen.

Denn durch jede weitere Be-triebsschließung vergrößert sich das Heer der Arbeitslosen, was letztenendes auch die Kampfkraft

der Gewerkschaften schwächt. Bisher hatte die hohe Arbeits-losigkeit zwar in dieser Hinsicht noch wenig spürbare Auswirkun-gen. Organisationsgrad und Mit-gliedsstand sind noch angewach-sen. Doch die Erfahrungen der Weimarer Zeit zeigen, daß mil-lionenfache Arbeitslosigkeit auf Dauer die Grundlagen der Ge-werkschaft untergräbt: Massen-arbeitslosigkeit wirkt oft demo-ralisierend, spaltet die Bewegung in Arbeiter und Arbeitslose, führt zu sinkenden Beitragseinnahmen und wird von den Unternehmern als Druckmittel benutzt.

Dies gilt insbesondere dann, wenn sich die Gewerkschaft nicht sonderlich um die Organisation Arbeitsloser kümmert. Sicher, wer vorher einen Arbeitsplatz hatte, darf Mitglied bleiben. Aber was ist mit den Hunderttausenden Ju-gendlichen, die nach der Schule auf der Straße stehen? Mit all de-nen, die vorher nicht in der Ge-werkschaft waren, und sich auf-grund ihrer Erfahrungen nun or-ganisieren möchten? Eine beim DGB-Bundesvorstand beschäftig-te Kollegin sagte kürzlich in einer WDR-Sendung, die Betreuung von Arbeitslosen sei Sache z.B. der Kirchen. Der DGB könne sich nicht um alles kümmern. Eine mehr als unverständliche Ein-stellung! Jeder Arbeitende von heute kann buchstäblich morgen betroffen sein.

Der DGB und die Einzelgewerk-schaften sollten vielmehr allen Arbeits-losen die Mitgliedschaft ermögli-chen, und diese dann auch aktiv organisieren. Nur so kann der Isolation der Arbeitslosen begeg-net werden. Nur so kann man sie z.B. in den Kampf aller um Ar-beitszeitverkürzung einbeziehen.

Der DGB hat fast acht Millio-nen Mitglieder. Rechnet man die Familienangehörigen hinzu, so stellt er die größte soziale Kraft in der Gesellschaft dar. Es wird Zeit, daß man diese Kraft endlich ein-setzt, um den Spuk von Arbeits-platzvernichtung und Massenar-beitslosigkeit zu beseitigen.

Von Angela Bankert

kampffonds

SPENDENKONTO:
Angela Bankert
PschA Essen
2422 50 - 432

WIR HABEN DEIN GELD BITTER NÖTIG!

Noch ist die endgültige Spen-densumme für 1982 noch nicht abgerechnet. Doch schon zum Redaktionsschluß Ende November haben wir unser Sammelziel für dieses Jahr überschritten. Bis da-hin erreichten uns rund 16.500,- DM!

Wir danken allen, die uns da-bei geholfen haben!

Allerdings haben wir dieses Geld auch bitter nötig. Nach Ab-zug der Kosten für die Redak-tionsräume und eine Angestellte bleibt von den monatlichen Spen-deneingängen fast nichts mehr übrig. Und in Kürze wollen wir in größere Redaktionsräume umzie-hen. Wir brauchen also mehr.

Stellvertretend seien folgende Spendeneingänge der letzten Wochen genannt:

-auf einer VORAN-Fete in Rem-scheid wurde durch Getränke-verkauf und eine Tombola ein Erlös von 320,- DM erzielt

-von Kölner VORAN-Anhängern erreichte uns 375,- DM

-Stuttgarter VORAN-Leser über-wiesen 146,25 DM

Sicherlich ist es noch in ande-ren Städten möglich, durch Spen-densammeln beim Zeitungsver-kauf oder Organisation von Kul-turveranstaltungen gute Ergeb-nisse für den Kampffond zu er-reichen. So planen z.B. Hambur-ger VORAN-Leser ein zünftiges Weihnachtsessen zu organisieren und den Erlös zu überweisen.

1982 hat sich die Wirtschafts-krise weiter zugespitzt. Hatten wir Anfang vorigen Jahres noch eine Million Arbeitslose, so wer-den für das nächste Jahr 2,5 Mio. erwartet. Betriebsschließungen und Massenentlassungen sind an der Tagesordnung. Wir nähern uns "englischen Verhältnissen".

Doch wo ist die politische Kraft, die Möglichkeiten des Kampfes gegen solche Verhält-

nisse aufzeigt? Die eine Perspek-tive bieten kann? Eigentlich sollte dies die SPD- und Gewerk-schaftsführung sein. Doch leider nimmt sie diese Aufgabe nicht wahr!

VORAN hat sich zum Ziel ge-setzt,

*über die Zusammenhänge und Ursachen der Krise zu schreiben

*über betriebliche Konflikte und Arbeitskämpfe zu berichten

*praktische Solidarität z.B. mit Belegschaften besetzter Be-triebe zu organisieren

*Sprachrohr und Plattform für aktive SPD-Mitglieder und Ge-werkschafter zu sein, die eine echte Alternative zur gegen-wärtigen Politik von SPD und DGB aufbauen wollen.

VORAN ist deine Zeitung. Hilf mit, sie aufzubauen.

Kölner Jusos müssen aktiv werden!

ARBEITSLOSIGKEIT

Liebe Genossen!

Der hier abgedruckte Antrag zur Jugendarbeitslosigkeit, der von der Juso-AG Köln Altstadt-Nord bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen wurde, sorgte überraschenderweise auf der Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Kölner Jusos am 30.10.82 für eine kontroverse Diskussion.

Ich halte es für selbstverständlich, daß wir Jusos zu einer Zeit der höchsten Arbeitslosigkeit seit Kriegsende speziell die Jugendarbeitslosigkeit mit in vorderster Front bekämpfen und dazu ein Programm von prak-

tischen und politischen Forderungen ausarbeiten, so wie wir es in unserem Antrag versuchen. Wenn wir nicht auf die dringenden Probleme der Arbeiterjugend einzugehen wissen, wie können wir dann für uns beanspruchen, ein sozialistischer Jugendverband zu sein?

Außerdem werden die Arbeitslosen weder auf uns noch auf den DGB warten, bis wir ihnen gnädigerweise den Weg zur Besserung ihrer Lage aufgezeigt haben.

Noch etwas zur Behandlung unseres Antrags: Nachdem vier Delegierte gegen den Antrag ge-

sprochen hatten, wurde durch Geschäftsordnungsantrag beschlossen, die Debatte zu schliessen. Es wurde mir als Antragstellerin nicht einmal erlaubt, die Punkte bzw. Fragen der vier Redner zu beantworten, obwohl ich mich gleich beim ersten Redebeitrag zu Wort gemeldet hatte! Die Konferenz beschloß, den Antrag dem frisch gewählten Vorstand zu überweisen. Wir sind gespannt, ob er nun den Inhalt des Antrags in sein neues Arbeitsprogramm '83 einbezieht...

Mit solidarischen Grüßen
Felicity Bull (AG-Sprecherin)

Wir fordern den UB-Vorstand der Kölner Jusos auf, eine Kampagne gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu führen, die auf zwei Ebenen ablaufen sollte:

1. Die Jusos müssen eine Aufklärungskampagne über die Ursachen der Arbeitslosigkeit führen.....

Deshalb fordern wir:

1. Die sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche, bei vollem Lohnausgleich.

2. Einen Ausbildungsplatz für jeden Schulabgänger. Die Ausbildung sollte überbetrieblich unter Kontrolle der Gewerkschaften organisiert sein, damit nicht nach Profitinteressen ausgebildet wird. Außerdem fordern wir die Übernahme jedes Auszubildenden in ein festes Arbeitsverhältnis nach der Lehre.

3. Den vollen Erwachsenenlohn für alle Jugendlichen mit 18 Jahren, selbst wenn sie noch Lehrlinge sind.

4. Keine Entlassungen, sondern Aufteilung der vorhandenen Arbeit bei vollem Lohn.

5. Bei Schließung eines Betriebes Übernahme durch den Staat unter Kontrolle der Belegschaft und Gewerkschaft.

6. Die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen, verwaltet durch Vertreter der Belegschaft, Gewerkschaft und des Staates, damit die Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Bevölkerung geplant werden kann.

II. Die Arbeitslosigkeit stellt eine große Gefahr für die Arbeiterbewegung dar. Insbesondere Jugendliche, die sich von der Gesellschaft ausgeschlossen vorkommen, können einen fruchtbaren Bo-

den für den Rechtsextremismus und den Ausländerhaß bilden. Die Arbeiterbewegung muß sich um die Arbeitslosen kümmern, um dieses zu vermeiden.

Arbeitslose müssen die Chance haben, sich selbst zu organisieren, sich zu wehren und - was wichtiger ist - ihre Hoffnung in die Zukunft durch die Arbeiterbewegung zurückzugewinnen.

Die Unternehmer werden versuchen, die Arbeitslosen gegen ihre beschäftigten Kollegen auszuspielen. Um das zu verhindern, müssen sie im DGB organisiert wer-

den. Unsere Parole muß lauten: Arbeitslose und Beschäftigte zusammen gegen Arbeitslosigkeit!

Deshalb fordern wir:

1. Die Einberufung einer Arbeitslosenkonferenz mit Delegierten von SPD, DGB, örtlichen Betrieben, aber wichtiger noch, von Jugendlichen und Arbeitslosen.

2. Die Einrichtung von selbstverwalteten Arbeitslosenzentren in jedem Stadtteil, wo sich Arbeitslose treffen können, sich gemeinsam weiterbilden und sich vor allem organisieren können.



ARBEITERJUGEND FÜR DEN SOZIALISMUS

In Mannheim haben sich die Falken 1980 in zwei großen Wahlkämpfen für die SPD stark gemacht: in der Oberbürgermeister- und in der Bundestagswahl.

In der Bundestagswahl ging es darum, Franz Josef Strauß als Bundeskanzler zu verhindern und für eine Regierung zu kämpfen, die eine Politik im Interesse der Arbeitnehmer betreiben würde. Mit großem Einsatz der Falken wurden in Mannheim Hunderte von Plakaten geklebt. Für uns gab und gibt es keine Alternative zur SPD. Allerdings hat die Politik der sozialliberalen Regierung nach der Wahl unsere Hoffnungen und Erwartungen nicht ganz erfüllt!

Kurz nach der Bundestagswahl war OB-Wahlkampf in Mannheim. In Mannheim hat die sozialdemokratische Arbeiterbewegung eine lange Tradition und in sieben Jahren seit dem Krieg den Oberbürgermeister gestellt. Diesmal gab es im 1. Wahlgang weder für den SPD-Kandidaten Wilhelm Varnholt, noch für den CDUler eine absolute Mehrheit. Im 2. Wahlgang siegte SPD-Mitglied Varnholt mit knapper Mehrheit. Wir Falken halfen auch in diesem Wahlkampf wieder aktiv bei der

SPD mit.

Ein großes Versprechen Varnholts bei seiner Wahl war der verstärkte Ausbau des Fernwärmenetzes. Dieses Versprechen wurde auch eingehalten. Es ist allerdings fraglich, ob die Masse der Kleinabnehmer bei laufend steigenden Tarifpreisen wirklich den vollen Nutzen daraus ziehen kann. Zusätzliche Tarifierhöhungen bei Verkehr, Gas und Strom werden dem Ansehen der SPD bei ihren Wählern schaden. Dies kann der Partei in zukünftigen Wahlen in Mannheim Stimmen kosten.

Trotz vieler Mängel und Enttäuschungen bleibt die SPD für uns weiterhin unsere Partei, und wir werden auch in Zukunft für sie kämpfen. Mit Plakate Kleben und Wahlzettel ausfüllen ist es allerdings nicht getan. Es ist notwendig, sich in der SPD für eine arbeiterorientierte Politik einzusetzen. Die Falken werden den kommenden Wahlkampf dazu nutzen, Arbeiterjugendliche für die Sozialdemokratie und für sozialistische Ideen zu gewinnen.

Hans Klumb, Mannheim
SJD - Die Falken,
OV Sandhofen

DGB - Demonstrationen

DORTMUND

Der Kölner Sonderzug zur DGB-Demonstration nach Dortmund am 23. Oktober war länger als der Bahnsteig und von vorne bis hinten voll. Die Fenster waren bepflanzt mit Plakaten aller großen Gewerkschaften. Viele schienen mir das erste Mal auf eine Demonstration zu fahren, vor allem sehr viele Kollegen mittleren Alters.

"Ich kann das Gesicht nicht mehr sehen!" rief einer und zeigte auf das Bild von Kohl auf der ersten Seite der VORAN. Ich geh' auf eine Gruppe Arbeiter zu: "Stürzt die CDU-Regierung; für eine SPD-Regierung mit sozialistischem Programm!" Einige nicken, kaufen eine Zeitung und schon sind wir mitten in der Diskussion. "Die CDU muß weg!" "Du meinst, das hat noch Sinn mit der SPD?" sind Kommentare. Ein älterer Kollege erzählt, daß die SPD seit der Weimarer Republik nie richtig mit dem Kapital gebrochen hat. Ein Lehrer schildert, wie er immer mehr Schüler zu betreuen hat und dafür immer weniger Geldmittel bewilligt bekommt.

Ich sage: "Wenn SPD und DGB voll mobilisieren, kann sich die CDU nicht halten. Wenn die Leute, die hier heute gegen die Sparpolitik und die neue Regierung demonstrieren, mit ihren Forderungen aktiv in der SPD kämpfen würden, könnte das schon die Politik der SPD entscheidend verändern."

Schon wenige Wochen nach ihrem Machtantritt hat die neue bürgerliche Regierung eine massive Bewegung gegen sich zu spüren bekommen; allein an diesem Sonnabend demonstrieren 200.000, mehr als alle Besucher der Bundesliga-Spiele (170.000) am selben Tag.

Dieter Affeln, Köln

HAMBURG

Eisiger Wind wehte nicht nur aus Bonn - es herrschten tatsächlich eisige Temperaturen an diesem 6. November in Hamburg, an dem die Stadt die wohl größte Demonstration der Nachkriegszeit erlebte. Neben vielen Transparenten und Plakaten auf denen auch die Betriebszugehörigkeit abzulesen war: HDW-Kiel und Hamburg, Olympia Wilhelmshaven und Leer, Messerschmid-Bölkow-Blohm(MBB), AEG, Danfoss und viele mehr, trugen die Arbeiterinnen und Arbeiter rote und schwarze Tafeln.

Die schwarzen Tafeln standen für jene Betriebe, in denen in den letzten Wochen Leute entlassen wurden, die roten Tafeln für die Betriebe, in denen Entlassungen anstehen. Es waren viele dieser Tafeln zu sehen. Bei 142 600 registrierten Arbeitslosen (Ende September '82) in Hamburg und Schleswig-Holstein kein Wunder.

Auf der Abschlusskundgebung vor dem Gewerkschaftshaus berichtete zunächst Evelyn Gerdes, Vertrauenskörperleiterin der Olympia-Werke-Leer von den Kämpfen der Belegschaft gegen die Arbeitsplatzvernichtung bei Olympia. Danach beschleunigte Hauptredner Georg Benz, Funktionär der IG Metall, in einer kämpferischen Rede der sozialen Marktwirtschaft ihr Versagen. Weiter forderte er den Ausbau der Arbeitnehmerrechte, die 35-Stunden-Woche und das Ende des Wettrüstens, das Milliarden verschlingt und niemanden nützt. Er forderte eine grundlegende Reform des Wirtschaftssystems in der Bundesrepublik. Dazu gehöre "Je nach Erfordernis die Überführung von marktbeherrschenden Unternehmen und Konzernen in Gemeineigentum!"

Beate Eisert, Kiel

Ich bin einer von zwei Millionen

Hier in Dortmund ist fast jeder siebte arbeitslos. Seit dem 22. Oktober gehöre ich dazu. Ich habe als Elektriker in einem mittelständischen Betrieb gearbeitet. Durch die Einsparungen der Stadt bei der Lampenreinigung hat die Firma Kollegen entlassen. Dabei war auch ich dran, weil ich in der Gewerkschaft bin und mir vom Chef nicht alles gefallen lassen.



Dirk Gruber, 24 Jahre

In meinem Beruf habe ich so gut wie keine Aussicht auf einen neuen Arbeitsplatz. Da kommen 30 Bewerber auf eine offene Stelle. Der Stellenvermittler im Arbeitsamt, ein junger Kerl, macht schon ein ganz deprimiertes Gesicht, wenn Du rein kommst und er Dir nichts anzubieten hat. Vor der Kasse im Arbeitsamt gibt es immer eine Schlange wie verrückt. Jetzt stehen auch viele Angestellte mit Schlips und Kragen genau so in der Reihe wie wir Malocher. Aber auf den Blumenstrauß mit Präsentkorb

Kindergeld gerade noch 350 DM für mich und meine kleine Tochter. Nicht gerade viel! Ab und zu mal in die Kneipe gehen oder ins Kino ist jetzt kaum noch drin, neue Kleider kaufen oder mit dem Auto wegfahren fast auch nicht mehr!

Im Frühjahr war ich von der SPD so enttäuscht, daß ich ausgetreten bin. Bei der DGB-Demonstration habe ich zum erstenmal VORAN gekauft und gesehen, daß es Marxisten in der SPD gibt. Jetzt sehe ich wieder einen Sinn darin, in der SPD mitzuarbeiten!

Die SPD hat in Dortmund und in Nordrhein-Westfalen die absolute Mehrheit und muß endlich zeigen, was sie drauf hat. Gute Sprüche allein reichen nicht.

Wir müssen hier in der Stadt und vor dem Arbeitsamt VORAN verkaufen. Es ist wichtig, daß wir unsere Ideen verbreiten und endlich was passiert.

vom Oberbürgermeister für den zweimillionsten Arbeitslosen haben wir vergeblich gewartet!

Wenn Du durch die Stadt gehst, siehst Du vielen Leuten die Armut schon an. Ich selbst muß jetzt mit 1040 Mark monatlich auskommen. Wenn man davon die festen Ausgaben wie Warmmiete, Versicherungen, Ratenzahlung, Auto-Versicherung, Telefon und Beiträge abzieht, dann bleiben zusammen mit dem Wohn- und

Vor 50 Jahren: Hitlers Machtergreifung am 30. Januar 1933

FASCHISMUS ZERSCHLÄGT DIE ARBEITERBEWEGUNG

Spaltung der Arbeiterklasse und Versagen der Führung

Ein halbes Jahrhundert ist vergangen, seitdem mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler das Signal gegeben wurde zur Vernichtung der deutschen Arbeiterbewegung. Die Schläger- und Terrorbanden der Nazis zertrümmerten mit Unterstützung des Kapitals all das, was die Arbeiterklasse an Organisation, Tradition und Kultur aufgebaut hatte. Die schreckliche Niederlage von 1933 war auch die politische Voraussetzung dafür, daß der Imperialismus ungehemmt aufrüsten und den 2. Weltkrieg vorbereiten konnte.

Wie war all dies überhaupt möglich? Was sind die Lehren aus Hitlers Machtergreifung?

Die Ereignisse von 1933 lassen sich nur im Zusammenhang mit den 15 turbulenten Jahren seit der Novemberrevolution von 1918 verstehen.

Nach den harten Kriegsjahren (1914-18) wollte die arbeitende Bevölkerung nicht mehr Hunger und Elend ertragen, sondern eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft durchsetzen. Angespornt durch das Beispiel der Oktoberrevolution, bildeten die Arbeiter und Soldaten demokratische Machtorgane, die Räte. Doch die SPD-Führung "haßte die Revolution wie die Pest" (Ebert) und war bereit, in Zusammenarbeit mit reaktionären Kräften die Revolution niederzuschlagen.

Bis 1923 versuchten die Arbeiter immer wieder das alte System zu stürzen. Doch weil eine starke, klare und entschlossene marxistische Führung fehlte, konnte der Kapitalismus immer wieder Tritt fassen.

Aber immerhin erreichte die Arbeiterklasse als "Abfallprodukt" ihres revolutionären Kampfes weitreichende Zugeständnisse von Seiten der herrschenden Klasse, z.B. den 8-Stunden-Tag, das Betriebsrätegesetz und demokratische Rechte und Freiheiten, wie es sie in Deutschland noch nie gegeben hatte.

Die Weimarer Republik und die bürgerlich-demokratische Verfassung waren ein unfreiwilliger Kompromiß zwischen den zwei großen gesellschaftlichen Klassen.

kisch-nationalistischer, reaktionärer und faschistischer Kräfte.

Inflation

Während des Ersten Weltkrieges waren der Lebensstandard und die Löhne der arbeitenden Massen stark gesenkt worden. Die Kapitalisten steckten gigantische Summen ein. Die Kriegswirtschaft war profitabel.

Als jedoch nach dem verlorenen Krieg die Schulden bezahlt werden mußten, wurde die Inflation angeheizt.

Die Folge war eine Enteignung der kleinen Leute, deren Ersparnisse und Löhne/Gehälter nun nichts mehr wert waren. Andererseits begünstigte die Inflation die großen Investitionen der Industrie auf Kreditbasis, da die Schulden wegen des Währungsverfalls leicht zu tilgen waren. Der Staat wurde durch die ausgiebige Betätigung der Notenpresse innerhalb kürzester Zeit (kriegs-)schuldenfrei.

Gleichzeitig blieben die Reallöhne unter dem Stand von 1913. So konnte die Industrie billig produzieren und den Außenhandel ausweiten.

"Die Inflation war die Rache des Großkapitals für seine Angst während der Novemberrevolution." (Arthur Rosenberg).

Für einen US-Dollar mußten gezahlt werden

Juli 1914	4,20 RM
Januar 1919	8,90 RM
Januar 1920	64,80 RM
Juli 1922	493,20 RM
Januar 1923	17.972,00 RM
Juli 1923	353.412,00 RM
September 1923	98.860.000,00 RM
November 1923	4.200.000.000.000,00 RM

Die Kapitalisten bezahlten die Aufrechterhaltung ihres Ausbeutersystems mit - gezwungenermaßen - weitreichenden Zugeständnissen an die Arbeiterklasse. Früher oder später mußte es zum Kräfte messen kommen. Die Arbeiter betrieben die Vorbereitungen dafür durch den Aufbau von starken Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften, SPD und KPD), die Kapitalistenklasse durch die Unterstützung völ-

Deswegen kam es zu einem erneuten Aufschwung der Wirtschaft in den Jahren 1924 bis 29.

Dieser Aufschwung (die "goldenen 20er Jahre") war aber nur möglich auf der Grundlage der ungenutzten Chance zum Sturz des Kapitalismus zwischen 1918 und 1923.

Doch bereits 1929 kam es in den USA zum großen Börsenkrach. Durch eine Überproduktionskrise fielen die Aktienkurse

in atemberaubendem Tempo. Im Gefolge des US-Kapitalismus geriet auch der deutsche Kapitalismus in die Krise, da hier der Aufschwung u.a. mit mittelfristigen US-Krediten finanziert worden war.

Armeegehörigen und geschleierten Existenzen, die kein geregelteres Leben mehr führen konnten. Als nach dem Versailler-Vertrag die Stärke der Reichswehr auf 100.000 Mann begrenzt wurde, konsolidierten

sich diese Landsknechte in den Freikorps und der völkischen Bewegung.

1920 führten diese Banden unter Kapp/Lüttwitz einen Putsch durch, wurden jedoch durch einen Generalstreik der Ar-



Hitler und seine NSDAP verfügten mit SA und SS über massenhafte freiwillige Schlägerbanden. Das Großkapital war auf ihre Dienste angewiesen und engagierte die Faschisten gegen die Arbeiter.

Über 6 Millionen Arbeitslose

Wieder einmal zeigte sich, daß die kapitalistische Ordnung auf Dauer nicht die Lebensinteressen der Massen befriedigen kann. Von 1930 bis 1932 gab es über 70.000 Betriebsschließungen. Die Arbeitslosigkeit schwoll an:

Januar 1928	- 1,9 Millionen
" 1929	- 2,85 "
" 1930	- 3,2 "
" 1931	- 4,9 "
" 1932	- 6,1 "
" 1933	- 6,1 "

Das sind die offiziellen Zahlen. In Wirklichkeit gab es zur Spitzenzeit über 8 Millionen Arbeitslose. Die Wirtschaftskapazität wurde nicht genutzt.

Etwa die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung lebte ohne Arbeitsplatz, und das bei minimalen Sozialleistungen. Zwangsläufig kam es zu Hunger und Elend.

Der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung war klar, daß eine radikale Änderung eintreten mußte. Die Masse wollte eine Lebensperspektive, eine bessere Zukunft erkämpfen.

Die Entstehung der faschistischen Bewegung

Der Kern des Faschismus waren die völkisch-reaktionären Freikorps, die zu Beginn der Weimarer Republik zur Niederschlagung der Revolution eingesetzt wurden. Sie rekrutierten sich aus

Droht neuer Faschismus?

Die deutschen Großkapitalisten haben Hitler finanziert und an die Macht gebracht. Doch nach dem fehlgeschlagenen imperialistischen Abenteuer wollten sie sich von ihrer Verantwortung lossagen und diese gleichmäßig auf das ganze deutsche Volk aufteilen. Leider blasen auch heute noch viele Linke in das gleiche Horn: In der Krise würden die Deutschen (also auch die Arbeiter) immer nach rechts gehen.

Und deshalb, so befürchten viele, droht jetzt ein neuer Faschismus.

Sicher drohen uns neue wirtschaftliche und politische Krisen. In den 80er Jahren kann wieder eine Massenarbeitslosigkeit wie vor 50 Jahren auf uns zu kommen. Und das Kapital war noch nie zimmerlich, wenn es um seine Interessen geht. Unsere "demokratischen" Kapitalisten hierzu-lande unterstützen ja auch brutale Militärdiktaturen in aller Welt.

Das Kapital mußte auf den Faschismus zurückgreifen, weil dieser eine soziale Massenbasis hatte und nur mit dieser Massenbewegung die starken Arbeiterorganisationen zertrümmert werden konnten.

In den letzten Jahrzehnten ist die soziale Stärke dieser Mittelschichten immer mehr zurückgegangen. Bauern, Handwerker und Gewerbebetreibende bildeten da-

mals noch einen wichtigen Bevölkerungsanteil und waren in ihrer Verzweiflung für Hitlers Phrasen anfällig. Heute sind 80-90% der Bevölkerung lohnabhängig (Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte) und letztlich für eine sozialistische Veränderung zu gewinnen.

Die NPD, die als Protestbewegung noch Ende der 60er Jahre bei Landtagswahlen bis zu 10% bekam, ist heute ein kleines Häuflein. Bei Wahlen gehen die Proteststimmen zu den Grünen, also nach links.

Wenn irgenwo faschistische Gruppchen auftauchen, kann der DGB (wenn er nur will) mühelos das vielfache an Arbeitern mobilisieren und die Neonazis demoralisieren.

Natürlich kann es den reaktionären Kräften zeitweilig gelingen, Vorurteile wie z.B. Ausländerhaß zu schüren, und auf Sündenböcken herumzuhacken.

Doch es liegt an der organisierten Arbeiterbewegung und ihren Führern, ob sie dies zulassen. SPD und Gewerkschaften müssen die Mehrheit der Bevölkerung für eine neue sozialistische Wirtschaftsordnung gewinnen. Antifaschistischer Kampf heute heißt Kampf für eine sozialistische Lösung der kapitalistischen Krise.

beiter niedergeschlagen. Im November 1923 versuchte Hitler zu putschen — doch ohne Erfolg, weil keine Massenbasis zur Unterstützung der Nazi-Banden existierte.

Diese Basis wurde erst mit der großen Krise 1929/30 geschaffen. Noch im Mai 1928 erhielt die NSDAP bei den Reichstagswahlen nur 2,6% der Stimmen. Der Erdbebensturm kam im September 1930 mit 18,3% und steigerte sich im Juli 1933 auf 37%. Danach sank die Stimmenzahl wieder ab. Zur gleichen Zeit hatten die Arbeiterparteien SPD und KPD zusammen durchgängig etwa 40% oder knapp darüber.

Doch die Nazi-Anhängerschaft war bunt zusammengewürfelt. Kleinbürgerliche Schichten, Angestellte, kleine Gewerbetreibende, Bauern, Intelligenz, Beamenschaft und Teile der rückständigsten Arbeiterschichten bildeten die Basis. Kleinbürger, die in der Inflation 1923 ihre Ersparnisse verloren hatten und deren Lebensweise sich unter der kapitalistischen Krise ab 1929 der des Proletariats anglich, verzweifeln und suchten den Weg "zurück in die guten alten Zeiten". Hitlers wirres und phrasenhaftes Programm schien ihnen unter dem Deckmantel nationaler Größe einen Ausweg zu bieten. Und wirklich, ihre objektive Lage war verzweifelt. Zum ersten Mal wurden auch diese Schichten von Arbeitslosigkeit und sozialem Elend getroffen und fanden sich zusammen mit den von ihnen verachteten Proletariern in einer Schlange vor dem Arbeitsamt oder der Armenspeisung. So wurden sie in ihrer konterrevolutionären Verzweiflung bestärkt.

Noch in der Novemberrevolution und den Jahren danach richtete sich der Blick des Kleinbürgertums auf die revolutionären Arbeiter, von denen sie eine Veränderung der Situation erwarteten. Doch sie wurden enttäuscht, als die Führungen der Arbeiterparteien mehrmals versagten und in entscheidenden Situationen (1918, '20 und '23) darauf verzichteten, den Kapitalismus zu stürzen. Verzweifelt und voller Haß auf die Arbeiterbewegung wandten sie sich auf der Suche nach Neuem ab — und fanden den "Führer" und seine

Banditen, die durch ihren rücksichtslosen Straßenterror bei ihnen den Eindruck von Stärke und Entschlossenheit hinterließen. Und die Nazis setzten an den unterschiedlichsten Bewußtseinsformen an, schürten Vorurteile und Judenhaß gleichzeitig führte die NSDAP (man beachte alleine den Namen "Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei") auch "sozialistische" Phrasen im Munde, wettete gegen das "raffende Kapital" und forderte die "Brechung der Zinsknechtschaft" usw. Diese Phrasen zu entlarven, wäre Aufgabe der Arbeiterbewegung gewesen.

Die Fehler der Arbeiterparteien

Die SPD, die immer noch die "schweren Battallione" der Arbeiterbewegung (Facharbeiter, Gewerkschafter) hinter sich hatte, wollte durch viele kleine Schritte im Rahmen der bürgerlichen Demokratie zum Sozialismus gelangen und beteiligte sich bis 1930 mehrmals an Regierungskoalitionen mit bürgerlichen Unternehmern. Waren in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs noch einige kleinere Reformen möglich, so wurde unter den Schlägen der Krise ihre Politik zu einem "Reformismus ohne Reformen", zu Reform- und Sozialabau. Durch das Mittragen von Aufstellungspolitik (Panzerkreuzerbau) und Tolerierung der Brüning-Regierung enttäuschte sie ihre Anhänger, die nach einem sozialistischen Ausweg aus der Krise suchten.

Die rechten SPD-Führer glaubten noch an den "demokratischen Geist" der Weimarer Republik, als das Kapital schon längst auf Hitler gesetzt hatte.

Die KPD hatte seit 1920 ebenfalls Massenanhänger. Doch nach der Entartung des russischen Arbeiterstaates war sie zu einer außenpolitischen Agentur der stalinistischen Kreml-Bürokratie herabgesunken. Mit dem Auftauchen der Krise vollzog die KPD die Wendung zur Sozialfaschismus-"Theorie". Stalin äußerte in der "Roten Fahne": Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigste Flügel des Faschismus. Und weiter: "Faschismus und Sozialdemokratie sind keine Antipoden, sondern Zwillinge."

Mit diesem politischen Schwachsinn entwarf die KPD politisch ihre vielen Anhänger. Wenn tatsächlich alles rechts von der KPD "faschistisch" wäre, dann wäre es ja egal, ob die Sozialdemokraten, die bürgerlichen Parteien, die Notverordnungs-kabinetten zwischen 1930 und '33 oder gar Hitler regierten. Dann bestünde kein Unterschied mehr zwischen offener Arbeit in der bürgerlichen Demokratie und der Zerschlagung der Arbeiterparteien durch die faschistische Massenbewegung.

men. Und endlich: "Nach Hitler kommen wir." Dies war offenkundiger Unsinn. Gerade die verpaßten Chancen 1918 bis '23 bewiesen, daß der Kapitalismus immer einen Ausweg findet, solange er nicht bewußt gestürzt wird.

Es fehlte die Einheitsfront von SPD und KPD

Nur die vereint kämpfende Arbeiterbewegung konnte die Nazi-Banden schlagen. SPD und KPD erreichten bei den Wahlen immer ca. 40% der Stimmen. Das

an die Macht kommen ließen.

Die Führer von SPD und KPD überließen den Faschisten kampflos das Feld. Gegen den Kapp-Putsch 1920 wurde noch ein erfolgreicher Generalstreik geführt. 1923 konnte ein Generalstreik die bürgerliche Cuno-Regierung zum Rücktritt zwingen. Doch diesmal kam nichts, obwohl SPD- und KPD-Mitglieder in den Parteibüros saßen und auf das Signal zum Kampf warteten.

Trotz des Versagens der Arbeiterführer konnten die Nazis



Deutschland 1932: über sechs Millionen Arbeitslose. Hunger, Not und Elend machen sich breit. Alles wartet auf eine radikale Lösung. Doch die Arbeiterbewegung ist wie gelähmt und zeigt keinen Ausweg auf. In ihrer Verzweiflung schließen sich die ruinierten Kleinbürger den Nazis an.

Doch die praktische Konsequenz war noch verheerender. So spaltete die KPD die Gewerkschaftsbewegung und gründete eigene "revolutionäre" Gewerkschaften. Jegliches Zusammengehen mit Sozialdemokraten wurde abgelehnt, sofern diese nicht vorher das KPD-Programm anerkannten. Aber auch in anderer Hinsicht befand sich die Partei in Verwirrung: Die jetzige Krise sei die letzte Krise des Kapitalismus, der jetzt von selbst zusammenbreche. Deswegen gebe es eine allmähliche "Faschisierung" des Systems, danach würden die Faschisten an die Macht kom-

wäre die einzige Kraft gewesen, die mit Aussicht auf Erfolg auch wieder große Teile des verzweifelten Kleinbürgertums für eine sozialistische Lösung der Krise hätte gewinnen können.

Es stimmt nicht, daß die deutschen Arbeiter nichts gegen die Faschisten unternehmen wollten oder sogar den "starken Mann" herbei sehnten. Hitlers NSDAP war eine vom Großkapital finanzierte Massenbewegung verzweifelter Kleinbürger. In freien Wahlen konnte Hitler nie eine Mehrheit erringen. Es war einzig und allein die verhängnisvolle Politik der Arbeiterführer, die die Nazis

keine Basis unter der Arbeiterschaft gewinnen. Bei den Betriebsratswahlen im Herbst 1933 erhielten sie keine 3%.

Gewerkschaften, SPD und KPD wurden verboten, tausende Arbeiter in KZs gesteckt und ermordet. Der Terror und die brutale Unterdrückung begannen. Damit hatte das Kapital sein Ziel, der Ausradierung der "Inseln proletarischer Demokratie" im bürgerlichen Staat erreicht, durch Aufrüstungspolitik strebte es zum Krieg.

Leo Schiffer, Aachen
Mitglied im Juso UB-Vorstand

Trotzkis Warnungen in den Wind geschlagen!

VORAN Buchtipp

"Der russische Kapitalismus erwies sich infolge seiner außerordentlichen Zurückgebliebenheit als schwächstes Glied der imperialistischen Kette. Der deutsche Kapitalismus offenbart sich in der gegenwärtigen Krise aus dem entgegengesetzten Grunde als das schwächste Glied: er ist der fortgeschrittenste Kapitalismus unter den Bedingungen der europäischen Ausweglosigkeit. Für Europa und vor allem für Deutschland gibt es kein Vorwärts auf kapitalistischem Wege." (Was nun?, 1930)

In den Jahren vor der faschistischen Machtergreifung 1933 verfolgte Trotzki aus seinem türkischen Exil in Prinkipo die politische Entwicklung Deutschlands. Er untersuchte auf hervorragende Weise den Charakter des Faschismus und den Unterschied zwischen Faschismus und "gewöhnlicher" staatlicher Unterdrückung:

"Der Faschismus ist nicht einfach ein System von Repres-

sionen, Gewalttaten, Polizeiterror. Der Faschismus ist ein besonderes Staatssystem, begründet auf der Ausrottung aller Elemente proletarischer Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft. . . Dazu ist die physische

"Und Trotzki, der prachtvolle Sachen schreibt. . . Neulich ein 'Porträt des Nationalsozialismus, das ist wirklich eine Meisterleistung. Da stand alles, aber auch alles drin. Unbegreiflich, wie das einer schreiben kann, der nicht in Deutschland lebt." (Kurt Tucholsky, 1933)

Ausrottung der revolutionärsten Arbeiterschicht ungenügend. Es heißt, alle selbständigen und freiwilligen Organisationen zu zerschlagen, alle Stützpunkte des Proletariats zu zerstören und die Ergebnisse eines dreiviertel Jahrhunderts Arbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu vernichten. Denn auf diese

Arbeit stützt sich in letzter Instanz auch die Kommunistische Partei."

Die einzige Kraft, die den Faschismus hätte schlagen können, wäre eine von unten her vereinigte Arbeiterbewegung gewesen. Doch: "Für den Fall wirklicher Gefahr setzt die Sozialdemokratie ihre Hoffnungen. . . auf die preußische Polizei. Eine trügerische Rechnung!", bemerkte Trotzki treffend. Doch die sozialdemokratischen Arbeiter wollten kämpfen. Aber: "Die Politik der Kommunistischen Partei flößt ihnen kein Vertrauen ein, nicht, weil die Kommunistische Partei eine revolutionäre Partei ist, sondern weil sie nicht an ihre Fähigkeit glauben, den revolutionären Sieg zu erringen, und ihren Kopf nicht umsonst riskieren wollen."

Von der KPD forderte Trotzki eine Politik der Einheitsfront, das heißt, die KPD müßte der SPD und Gewerkschaftsführung "ein Kampfabkommen gegen den Faschismus vorschlagen. . . von

unten herauf, bis zu den Spitzen". Nur so, im Kampf selbst, hätte die KPD die Millionen schwankender sozialdemokratischer Arbeiter auf ihre Seite ziehen und die Spaltung der Klasse überwinden können.

Aber die KPD-Führer ließen sich in ihrer Politik von fatalen Fehleinschätzungen leiten. Für sie bestand zwischen der bürgerlichen Notverordnungs-Regierung Brünings und dem Hitlerfaschismus kein Unterschied. Dazu Trotzki: "Die Weisen, die sich rühmen, daß sie keinen Unterschied 'zwischen Brüning und Hitler' kennen, sagen in Wirklichkeit: ob unsere Organisationen noch bestehen oder ob sie schon zertrümmert sind, ist ohne Bedeutung."

Eben weil die KPD-Führer den grundsätzlichen Unterschied zwischen Faschismus und anderen Herrschaftsformen nicht erkennen wollten, blieben sie noch nach Hitlers Regierungsantritt passiv und abwartend, in der Hoffnung,

der Faschismus werde sich schon selbst entlarven und abwirtschaften, und dann werde die Stunde der KPD anbrechen.

Dieser verhängnisvolle Irrtum kostete nicht nur tausenden von KPD-Arbeitern das Leben: Der Faschismus warf die europäische Arbeiterbewegung um Jahrzehnte zurück. Trotzki's Schriften aus jenen Tagen zeugen von hervorragendem Einblick in die Entwicklungen der Gesellschaft in Deutschland. Wären seine Warnungen ernstgenommen worden, dann hätte nicht nur der deutsche Faschismus geschlagen, sondern auch der zweite Weltkrieg verhindert werden können. . .

Leo Trotzki: Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? — Auswahl aus 'Schriften über Deutschland' — Frankfurt am Main, 1971 (Europäische Verlagsanstalt). — Preis ca. 12,- DM.

1:0 FÜR DIE BÜROKRATIE

SOLIDARNOSC-Führung hat versagt

"Wir verließen das Land mit dem Eindruck, daß die Bürokratie noch einmal die Oberhand gewinnt" Dies war unser Eindruck, als wir vor einem Jahr von unserem ersten Besuch aus Polen zurückkamen (siehe VORAN Nr. 53). Der 13. Dezember 1981 war der traurige Beweis. Mitte Oktober '82 starteten wir zu unserer zweiten Reise.

Der leere Zug und die scharfen Grenzkontrollen waren die ersten Zeugnisse des Kriegszustandes. Doch schon während der Fahrt bekamen wir einen Eindruck von der Stimmung im Lande: unsere Mitfahrer im Abteil diskutierten freimütig über die politische Lage, die Versorgung, über SOLIDARNOSC und Demonstrationen.

In Lodz auf dem Bahnhof angekommen, fielen zuerst die leeren Wände auf. Plakate und Parolen, im vorigen Jahr überall zu finden, fehlten. Alles war überpinselt oder abgerissen. Aber sonst schien alles beim Alten: geschäftiges Treiben in den Straßen, viele Autos, übervolle Busse und Straßenbahnen. Vor den Geschäften Schlangen, jedoch kürzer und seltener.

Es gab mehr Waren in den Läden. Supermärkte, die wir im letzten Jahr mit fast leeren Regalen sahen, verkauften jetzt

Gerhüse, Suppen, Obst und Haushaltswaren. Noch größer war der Unterschied in den Restaurants. Man konnte wählen zwischen verschiedenen Fleischgerichten, manchmal sogar zwischen Kaffee und Tee.

Die Menschen empfinden die Änderung jedoch kaum. Nach der Machtübernahme wurden Lebensmittelkarten eingeführt. Die meisten Waren gibt es jetzt nur auf Marken. Und die Rationen sind dürftig: z.B. nur 1,5 kg Zucker und 1 kg Fleisch monatlich pro Person. Und die Preise sind stark gestiegen. 1 kg Fleisch kostet ca. 5% eines durchschnittlichen Facharbeiterlohnes (380 Sloty). Aber auch für Waren auf Karten muß angestanden werden. Und nicht selten gehen sie zu früh aus. Besondere Empörung erntete die jüngste Karteneinführung: ein Paar Schuhe pro Person im Jahr.

Große Wut auf Regierung

Die Wut über die Verhältnisse ist nicht zu übersehen. Wenn auch der Ausdruck dieser Wut, die fast 10 Millionen Mitglieder große Gewerkschaft SOLIDARNOSC, verschwunden ist - mundtot konnten die Menschen nicht gemacht werden. Im Bus, in den Straßen, überall wird über "Jaru-

zelskis Krieg", wie der Kriegszustand genannt wird, diskutiert. Außer es steht gerade ein Milizionär in der Nähe. Aber auch sie müssen sich viele Beschimpfungen als "Gestapo" oder "Faschisten" gefallen lassen. Würden sie in belebten Straßen eingreifen, kann es schnell zu Menschenaufläufen kommen - woraus dann im Nu eine explosive Situation entstehen kann. Und spektakuläre Vorfälle versuchen die Staatsorgane, wenn's irgendwie geht, zu vermeiden. Die Staatsorgane haben sich auch damit abgefunden, daß die Leute gegen sie

sind. Nur zum Ausdruck kommen soll die Gegnerschaft nicht.

Die Regierung genießt kein Vertrauen mehr unter den Massen. Konnte sie sich im Dezember immerhin noch auf Enttäuschung und Resignation über die Perspektivlosigkeit der SOLIDARNOSC-Führung stützen, so hat sie diesen Kredit bis heute restlos verspielt. Gerade bei den älteren Leuten konnte Jaruzelski mit einer dulddenden Haltung rechnen. War doch so oft gestreikt worden, hatte es doch so viele Demonstranten gegeben, ohne daß die Versorgung sich



Über einem Blumenkranz wird ein SOLIDARNOSC-Transparent entrollt (13. Oktober 1982).

entscheidend verbessert hätte. Große Versprechungen nach der Machtübernahme taten ein übriges. Doch nicht einmal der ehemalige KP-Führer Gierek wurde, wie angekündigt, vor Gericht gestellt. Heute soll er außer Land in einem Kurort leben.

SOLIDARNOSC fühlte sich zu stark

Aber wie konnte es überhaupt zur Niederschlagung der SOLIDARNOSC kommen? Eine so starke Organisation, in der 4/5 aller Arbeiter und Angestellten organisiert waren, kann nicht ohne weiteres zerstört werden. Aber auch eine noch so entschlossene Arbeiterklasse kann nicht ewig kämpfen, wenn das Ziel nicht klar ist. Und das lag in erster Linie an der halbherzigen Führung von SOLIDARNOSC, allen voran Walesa, der Forderungen der Basis immer erst nach

massivem Druck nachkam. Die Menschen wurden kampfmüde.

Andererseits fühlte sich die Führung zu stark gegenüber der Regierung. Sie bemerkte nicht die stillen Entwicklungen in der Kampfbereitschaft der Massen. Die Bürokratie nutzte die Zeit besser und bereitete in aller Stille die vorläufige Zerschlagung der Gewerkschaft vor. Nicht einmal die vielen Hinweise aus der Armee und Miliz wurden von den Führern der SOLIDARNOSC ernst genommen (siehe Interview). Mit der Machtübernahme des Militärs wurde die Arbeiterbewegung "enthauptet". Die Organisation mit ihrem Apparat wurde vollständig zerschlagen. Die wenigen, die flüchten konnten, bauten im Untergrund neue Strukturen. Diese Organisationen blieben jedoch auf einzelne Orte beschränkt.

In dem Zusammenhang müssen auch die immer wieder aufflackernden Unruhen gesehen werden. Es sind mehr zufällige Ausbrüche der Wut und Resignation, dementsprechend brutal und gewalttätig. Sie ereignen sich fast ausschließlich dort, wo die Großindustrien gelegen sind - wie das letzte Aufflackern eines (vorläufig) erstickten Feuers.

In Lodz beispielsweise war es während der Oktoberunruhen ruhig. Nur verstärkte Patrouillen Militär und Miliz und größere Menschenmengen an den Blumenkreuzen vor den Kirchen wiesen auf den Protest gegen das Verbot der SOLIDARNOSC hin. Im Gegensatz dazu standen die Kämpfe in den Städten der Großindustrien Gdansk, Warschau und Kattowice.

Arbeiterbewegung nicht endgültig geschlagen

Das Hauptziel der Bürokratie wird es sein, die Herausbildung einer neuen Führung der Arbeiterklasse zu verhindern. Eine Führung mit klarem Ziel und Programm kann die Arbeiterklasse aus ihrer Resignation wieder herausreißen und zu einer Kampfbereitschaft führen, die ein für allemal Schluß macht mit den Bürokraten, von denen die Arbeiter nichts mehr zu erwarten haben.

Mit der Freilassung Walesas erhofft sich die Regierung, der Arbeiterbewegung eine kontrollierbare Führung zu geben. Das hohe Ansehen, daß Walesa nicht zuletzt deswegen genießt, weil er "rechtzeitig" verhaftet wurde und seine bremsende Politik in der SOLIDARNOSC-Führung nicht zu deutlich wurde, soll eingesetzt werden, einen erneuten "Dialog" zwischen Arbeitern und Regierung in Gang zu setzen. Dieser "Dialog" wird aber mit Sicherheit keinen einzigen Vorteil für die Arbeiter bringen. Allenfalls neue zerstörte Hoffnungen.

Arbeiterdemokratie einziger Ausweg

Die Entwicklung der vergangenen 2 Jahre hat zu einer starken Politisierung der Arbeiter geführt. Unsere Argumente, daß nur eine politische Revolution wirkliche Veränderungen bringen kann, stießen auf viel Interesse. Die Machtübernahme des Militärs als Ergebnis der halbherzigen Politik der SOLIDARNOSC läßt viele zweifeln, daß eine Lösung nur in der Zusammenarbeit mit der Regierung möglich sei. Denn nur die Entmachtung der ganzen Bürokratenclique und die Einführung von Arbeiterkontrolle kann die Vorteile der Planwirtschaft zum Wohle aller nutzen.

INTERVIEW MIT EINEM HAUPTAMTLICHEN SOLIDARNOSC-MITARBEITER

Frage: Was und seit wann hast Du bei SOLIDARNOSC gearbeitet?

Antwort: Ich arbeitete in der Propagandaabteilung seit dem Frühjahr 1981. Hauptsächlich wertete ich die ausländische Presse aus und sammelte Informationen.

Frage: Wie ereignete sich die Machtübernahme des Militärs am 13. Dezember 1981?

Antwort: Der 13. Dezember war ein Tag wie jeder andere. Wir haben nichts gehört. Mitten in der Nacht kam die Miliz ins Haus. Ich mußte mich anziehen, und sie brachten mich ins Gefängnis. Dort traf ich die meisten meiner Kollegen. Fast die gesamte örtliche SOLIDARNOSC-Führung wurde in dieser Nacht verhaftet.

Frage: Wie lange warst Du im Gefängnis?

Antwort: Insgesamt acht Monate.

Frage: Hattet Ihr Kontakt nach außen?

Antwort: Ja, ziemlich viel. Nicht nur durch die vielen Besuche, wir kriegten auch alle Zeitungen, auch ausländische.

Es bestanden einige Kontakte zum Untergrund, davon weiß ich aber nicht viel.

Frage: Acht Monate ist eine lange Zeit, was habt Ihr gemacht?

Antwort: Wir Intellektuellen haben Vorlesungen für die Arbeiter gehalten. Ich habe Deutsch gelehrt, andere machten Vorlesungen über Philosophie oder Soziologie.

Frage: Wie konnte es überhaupt zur Machtübernahme kommen? SOLIDARNOSC hatte doch Leute bei der Armee und Miliz?

Antwort: Ja, das stimmt. Aber die Führung hat die Hinweise ignoriert. Sie haben sich zu stark gefühlt. Sie dachten, die Regierung kann nichts machen. Noch am 13. Dezember, tagsüber, wurden einige Führungsleute von Milizionären und Geheimdienstlern gewarnt. Nur deswegen konnten einige entkommen. In einigen Gewerkschaftsbüros waren noch nicht mal die Wachen anwesend. So hatte die Miliz keine Probleme.

Frage: Was wirst Du in Zukunft machen?

Antwort: Jetzt sitze ich den ganzen Tag herum. Ich habe keine Chance, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Die Regierung will, daß wir ins Ausland gehen und gibt uns Ausreisevisa. Ich habe versucht, für die BRD und Schweden Einreisevisa zu bekommen. Aber ich warte schon ziemlich lange. Die wollen uns wohl nicht so gern. Wer die Möglichkeit hat, bleibt aber in Polen. Das werden vor allem die Arbeiter sein.

Frage: Die SOLIDARNOSC war also nicht vorbereitet?

Antwort: Überhaupt nicht. Die heute bestehende Untergrundorganisation wurde ausschließlich nach dem 13. Dezember aufgebaut.

Frage: Wovon lebst Du jetzt?

Antwort: Da ich Frau und Kind habe, erhalte ich Geld aus der ehemaligen Gewerkschaftskasse, die beschlagnahmt wurde und jetzt von einem Staatskommissar verwaltet wird.

BRESCHNEW IST TOT - STALINISMUS BLEIBT

Mit dem KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew verstarb im November kein leninistischer Revolutionär der alten Garde, sondern ein Spitzenbürokrat, der seinen Aufstieg allein der totalitären stalinistischen Herrschaft zu verdanken hat. 1906 geboren, konnte er die Oktoberrevolution von 1917 und die darauffolgenden Jahre der militärischen Verteidigung der Revolution noch nicht bewußt miterleben. Seine Parteikarriere begann erst in den 30er Jahren, als unter Stalin alle Ansätze zur Arbeiterdemokratie verschwunden waren und Tausende alter Mitstreiter der Revolutionenführer Lenin und Trotzki "weggesäubert" und "beseitigt" wurden. Die KPdSU, der Breschnew 1931 beitrug, war

nicht mehr die alte revolutionäre Kampfpartei, sondern die Partei der Staatsbürokraten und Fabrikdirektoren, der Karrieristen und Ja-Sager.

Er diente sich seit Ende der 30er Jahre beharrlich in der Partei hoch und wurde 1950, noch unter Stalin, Parteichef in der von Rumänien besetzten Sowjetrepublik Moldawien. Unter Stalin-Nachfolger Chruschtschow wird Breschnew 1957 Vollmitglied des Parteipräsidiums (Politbüro), bis er 1964 beim Sturz Chruschtschows selbst zum Parteichef ernannt wird.

Breschnew erlebte den Aufstieg der Sowjetunion vom rückständigen Agrarland zu einer wichtigen Industrie- und Militärmacht. Dies wäre ohne Abschaf-

fung von Kapitalismus und Großgrundbesitz und ohne zentrale Planwirtschaft nie möglich gewesen. Doch speziell in den Jahren unter Breschnew haben die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und die verschwenderischen Fehlplanungen gezeitigt, daß die Vorteile der Planwirtschaft in diesem 270-Millionen-Staat ohne breite Arbeiterdemokratie nicht zum Tragen kommen können.

Breschnew wurde als der große "Entspannungspolitiker" gefeiert. Der Wiener Bruderkuß von 1979 mit dem damaligen US-Präsidenten Carter zeigte an, daß sich die Kreml-Bürokraten und die westlichen Kapitalisten vor allem über eines einig sind: daß es so bleiben soll, wie es war

("Status Quo"). Denn bei aller Gegensätzlichkeit der beiden Gesellschaftssysteme ist es die Furcht vor einer echten sozialistischen Arbeiterdemokratie, die die Machthaber in Ost und West verbindet.

Der Tod Breschnews ändert nichts an der verkrusteten stalinistischen Herrschaft. Er bietet höchstens den jüngeren im greisen Politbüro, also den unter 70 jährigen, die Chance, sich zu bewähren: Breschnews Nachfolger Andropow ist "erst" 68; das Durchschnittsalter aber liegt bei knapp 70 Jahren!

Hans-Gerd Öfinger, Remscheid
AG Sprecher Jusos Süd

Schliessung des Kölner Josefshauses:

EINSPARUNGEN, DIE UNS TEUER ZU STEHEN KOMMEN

Mundhalten hat nichts genützt

Über die Massenentlassungen, wenn große Firmen dicht machen, berichten die Zeitungen und das Fernsehen; über die vielen kleinen Betriebe und Einrichtungen, die schließen, redet keiner. Deshalb will ich das jetzt tun.

Als ich im März im "Josefshaus", einem Heim für ledige, minderjährige Mütter mit Kind, zu arbeiten anfang, dachte ich, das wäre nun die Stelle bis zur Pension. Ich habe viel Energie und Geld 'reingesteckt, um mir eine Wohnung hier im Haus zu renovieren. Schon im August ging das Gerücht um, daß das Haus zuge-

macht wird. Bis heute hat keiner etwas Offizielles darüber gesagt, wir haben jetzt einfach die Kündigung bekommen.

Mißwirtschaft

Die Argumente für die Schließung des Hauses waren: Es gibt nicht genug Mädchen und das Haus steckt in den roten Zahlen. Bis vor vier Jahren haben wir hier noch mit Gewinn gearbeitet und der Mann vom Jugendamt hat gesagt: "Wie könnt ihr nur zumachen, es gibt sonst in ganz Nordrhein-Westfalen keine solche Einrichtung mehr." Hier ist eine

ziemliche Mißwirtschaft betrieben worden. Wir haben das alle gesehen, aber keiner hat sich getraut, etwas zu sagen, aus Angst um seine Stelle. Aber das ganze Mundhalten hat nichts genützt. Jetzt stehen wir alle auf der Straße. Viele von uns haben auch hier im Haus gewohnt, dadurch verlieren wir nicht nur unseren Arbeitsplatz, sondern auch unsere Wohnung. Der Garten, die alten Kastanien, alles wird zerstört. Das Haus stand auf der Liste der Gebäude in Köln, die unter Denkmalschutz gestellt werden sollten. Letztes Jahr sind hier noch 100.000 DM investiert worden,

und jetzt soll alles abgerissen werden. Wahrscheinlich bauen sie so einen Wohnpark hierhin, mit Büros und Apartements, die kein normaler Mensch bezahlen kann. Der Verein, dem das Haus gehört, will 2,5 Mio. DM allein für das Grundstück. Da ist denen egal, was aus uns wird. Ich bin ja noch fit, ich werde schon was finden, aber die anderen? Hier arbeiten Behinderte, die werden jetzt einfach abgeschoben, in irgendwelche Heime. Eine Frau hat hier 35 Jahre gearbeitet, und die läßt man jetzt allein bei der Wohnungssuche.

Am schlimmsten trifft es die Mädchen: Eine ist hier, die ist erst 17 und erwartet ihr zweites Kind. Hier war sie gut aufgehoben. Der Kleine ging hier in die Kindertagesstätte, und sie versuchte, hier lesen und schreiben zu lernen. Sie bekommt zwar jetzt eine Wohnung, aber sie hat keine Möbel und nichts. Und dann sitzt sie da mit dem Kleinen. Wenn sie jetzt ihr kleines Kind kriegt, ist kein Mensch da, der sich um den Jungen kümmert, wenn sie ins Krankenhaus geht. Die Mädchen sind wirklich auf Hilfe angewiesen, sie kommen mit sich selbst nicht zurecht und haben dann schon für die Kinder zu sorgen. Ohne Unterstützung landen sie im Eros-Center oder in der Trinkerheilanstalt. Die Kinder kommen in Heime und was aus denen dann wird, weiß man ja... Sie tun mir so leid, die Kinder, aber sie haben keine Chance. Was jetzt als Einsparung läuft, wird im Endeffekt viel teurer, ganz abgesehen davon, daß hier unschuldige Menschen kaputt gemacht werden. Aber so ist das: Wenn's um Geld geht, zählt der Mensch nicht.

D. Kirschbaum, Köln

WO DAS NOCH ALLES ENDEN WIRD, LIEGT AN UNS

"Wo wird das noch enden?" Diesen Satz höre ich immer wieder, wenn ich mich mit älteren Arbeitskollegen über die heutige Wirtschaftslage und die hohe Arbeitslosigkeit unterhalte.

Auch bei uns in der BSI/Thyssen sind 80 Arbeiter von der Entlassung betroffen. Ältere Arbeiter, die 20 bis 30 Jahre in der Firma gearbeitet haben, werden es schwer haben, eine neue Arbeitsstelle zu finden. Dazu kommt noch, daß die Gesundheit der älteren Arbeiter durch die harte, monotone Arbeit ziemlich angegriffen ist. Viele leiden an Bandscheibenschäden und Lungenkrankheiten. Sollten sie doch das Glück haben und eine neue Stelle finden, so sind sie doch wieder einer von den ersten, die rausgeworfen werden, wenn es an der neuen Arbeitsstelle zu Entlassungen kommt. Es ist ein ewiger Kreislauf.

Ein Arbeiter, der schon 20 Jahre in der BSI arbeitet, erzählte mir, daß am Anfang 3500 Arbeiter in der BSI beschäftigt waren. Heute sind es nur noch 800 Arbeiter/innen und es werden immer weniger.

Auszubildende werden nach ihrer Ausbildung nicht mehr übernommen, und viele Kollegen befürchten zu Recht, daß sie früher oder später, zum Dank für ihre langjährige Mitarbeit, die Kündigung erhalten. Zum Trost werden sie mit einer Abfindung abgespeist. Davon können sie sich auch keinen neuen Arbeitsplatz schaffen.

Und wovon soll ein Arbeitsloser leben?

Der Stundenlohn oder Akkordlohn beträgt mit Prämie meist

nicht mal 12.-DM Brutto. Arbeitslosen wird die Prämie, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und sonstige "Vergünstigungen" bei der Berechnung nicht mitgerechnet, aber Steuern sollen von davon zahlen. Durch diese Ungerechtigkeit sinkt der ohnehin geringe Lohn bei der Berechnung der Arbeitslosenunterstützung auf etwa 8,50DM Brutto. Und wer vorher noch Kurzarbeit hatte, wird noch weniger bekommen, zumal die Arbeitslosenunterstützung nur 68% vom Nettolohn beträgt.

Solidarität mit den Kollegen der "3. Welt"

Es darf nicht genügen, alle vier Jahre ein Kreuz zu machen. Wir müssen schon mehr tun, daß heißt in der Gewerkschaft und in der SPD arbeiten, sich informieren, national und international.

Wenn Arbeitsplätze vernichtet werden, dann müssen wir uns fragen, wo jetzt die Produkte hergestellt werden und unter welchen Bedingungen. Viele Firmen haben ihre Produktion in die Dritte Welt verlagert und lassen dort die Arbeiter unter unmenschlichen Bedingungen und für einen Hungerlohn für sich arbeiten. So werden Profite auf unserer aller Kosten gemacht. Für uns bedeutet das, arbeitslos zu sein und für unsere Arbeitskollegen in der Dritten Welt brutale Ausbeutung.

Wir müssen dafür kämpfen, daß alle Arbeiter unter vernünftigen Bedingungen Arbeit haben. Lassen wir uns nicht weiter für dumm verkaufen, setzen wir uns zur Wehr!

- *Fordert die 35 Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
- *Solidarisiert Euch mit den Arbeitern in der Dritten Welt, nicht nur auf dem Papier!
- *Enteignet die kapitalistischen Ausbeuter!
- *Kämpft für eine bessere Zukunft!

Karl-Heinz Rölke, Remscheid
Versandarbeiter Thyssen-BSI



LEIHFIRMEN BETREIBEN MENSCHENHANDEL

Die steigende Arbeitslosigkeit zwingt viele Arbeitslose, vor allem, wenn ihnen das Arbeitslosengeld gestrichen wird, bei Verleihfirmen zu arbeiten. Diese Unternehmen treiben Handel mit Menschen, an denen sie jede Menge verdienen.

Eine Schreibkraft bekommt 12 DM pro Stunde, doch die Verleihfirma kassiert 30 DM. Diese Schreibkraft, die normalerweise in einem Angestelltenverhältnis arbeitet, bekommt bei diesem Unternehmen nur die exakt aufgeschriebenen Stunden bezahlt. Es kann den Arbeitenden eine Stelle weit weg vom Wohnort vermittelt werden. Sie sind vertraglich gebunden, diese anzunehmen. In einem Arbeitsvertrag von adia-interim heißt es: "Die Firma ist berechtigt, den Mitarbeiter jederzeit von einem Einsatz beim Kunden abzurufen und anderwei-

tig - auch auswärts - einzusetzen." Das kann bedeuten: zwei Stunden Hinfahrt, die nicht bezahlt werden, 9 Stunden Arbeit, eine Stunde Mittagspause und wieder 2 Stunden Rückfahrt. Diese Leute sind dann oftmals 14 Stunden täglich von zu Hause weg. Es kann den Mitarbeitern auch Arbeit vermittelt werden, die im Normalfall von weniger qualifizierten Kräften durchgeführt werden könnte. Ein Bilanzbuchhalter muß die Arbeit einer Locherin übernehmen, ein Malermeister die eines Handlangers. Wie gesagt, die Mitarbeiter können jederzeit in andere Firmen versetzt werden. Hat man sich gerade eingearbeitet und kennt seine Kollegen, kommt die Firma und reißt einen da hinaus.

Die Mitarbeiter stehen fortwährend unter der Angst, abberufen, weit weg versetzt oder gar

gekündigt zu werden. Im Falle einer Auftragsverschlechterung der Verleihfirma wird dem Mitarbeiter sofort zum nächstmöglichen Termin gekündigt. Oft passiert es, daß einen halben Tag nach der Kündigung ein neuer Auftrag vorliegt und die Kündigung zurückgenommen wird. Am schlimmsten trifft es die Arbeiter, die in eine Arbeit vermittelt werden, von der sie keine Ahnung haben. Das wird mit den Worten begründet: "Probieren können Sie das ja mal." Sie stehen morgens vor einem Riesenberg Probleme, über den sie kaum hinweggucken können. Aber es wird alles probiert. Arbeit braucht man ja!

Marita Bajorat
SPD-Mitglied, Remscheid

Sichern Rüstungsaufträge Arbeitsplätze?

ARBEITER MÜSSEN DAS SAGEN HABEN!

Zivile Produktion statt Waffen!



Selbst Rüstungsarbeitsplätze sind bedroht

Die Arbeitsplätze vieler Kollegen in der Luftfahrt-, Werft- und Rüstungsindustrie sind bedroht.

Das "Airbus"-Geschäft bei Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) ist rückläufig. Die großen Rüstungsprojekte der Bundeswehr - das Kampfflugzeug Tornado bei MBB, der Fregattenbau bei verschiedenen Werften und der Panzer "Leopard 2" bei Krupp-MaK in Kiel - sind bald abgeschlossen.

Folgende Entlassungen sind in den einzelnen Betrieben geplant:

- 150 Kollegen bei der Bremer AG-Weser
- 500 Arbeiter und Angestellte (von insgesamt 4200 Beschäftigten) bei der Bremer Vulkan-Werft
- 500 Arbeiter und Angestellte (von 6200) bei der Hamburger Blohm und Voss-Werft
- 1400 Kollegen bei den Howaldt-Werken/ Deutsche Werft (HDW) in Kiel und Hamburg
- 5720 Kollegen (von ca. 38.000) nach neuesten Meldungen im gesamten Luft- und Raumfahrtunternehmen Messerschmitt-Bölkow-Blohm/ Vereinigte Flugtechnische Werke (MBB/VFW) bis 1984

Der Anteil der Rüstung an der Gesamtproduktion ist in den genannten Betrieben in den letzten Jahren stark angewachsen. Den Kollegen wurde gesagt, dadurch würden Arbeitsplätze gesichert. Richtig ist allerdings, daß in der Rüstungsproduktion mehr Arbeitsplätze vernichtet werden, als in anderen Branchen:

- * 1 Milliarde Mark im Bausektor schafft z.B. 50.000 Arbeitsplätze, 1 Milliarde Mark in der Rüstungsindustrie dagegen nur 37.000
- * dem Staat wird Geld für beschäftigungsintensive Ausgaben entzogen (z.B. Ausbau des öffentlichen Verkehrs)
- * Rüstungsaufträge kommen schubweise, die Belegschaften werden zum Spielball von Politikern und Unternehmern.

Zivile Produktion

Aufgrund dieser unsicheren Beschäftigungslage wurden bei MaK in Kiel, Blohm und Voss in Hamburg und VFW in Bremen Arbeitskreise gegründet, die Vorschläge zur Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Produktion erarbeiten. In anderen

Betrieben sind ähnliche Arbeitskreise geplant. Die IG Metall unterstützt diese Arbeitskreise!

Die Arbeiter und Ingenieure sind in der Lage, zivile Produktionsvorschläge zu machen, ohne daß Arbeitsplätze verloren gehen, ja es können sogar neue geschaffen werden!

- Die Vorschläge umfassen:
- * modernste Filter und Kläranlagen für die Industrie
- * energiesparende Verkehrstechniken (Lokbau und Nahverkehr)
- * Maßnahmen zur Energieeinsparung (z.B. Blockheizkraftwerke)
- * Maßnahmen zur Energiegewinnung (Windenergie, Produktionsanlagen zur Erschließung kleiner Erdgasfelder unter Wasser)
- * Meerestechnologie zum Abbau knapper Rohstoffe unter Wasser.

Dies sind alles Produkte und Anlagen, für die in der Gesellschaft durchaus ein Bedarf besteht. Der Haken ist nur, daß sich die Produktion im Kapitalismus nicht nach dem Bedarf der Bevölkerung richtet, sondern nach den Profiten der Unternehmer. Und diese Profite waren bisher in der Rüstungsindustrie bedeutend

höher als im zivilen Sektor.

Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften haben heute über die bestehenden Mitbestimmungsgesetze keine Möglichkeiten, die Herstellung bestimmter Produkte in den Betrieben durchzusetzen, wenn sich die Unternehmensleitung dagegen wehrt.

Einzelerfolge, wie die Erhaltung des Lok-Baus bei Krupp-MaK in Kiel sind zwar erfreulich, doch dürfen sie nicht die Illusion erzeugen, die Rüstungsproduktion könnte nach und nach auf zivile und bedarfsgerechte Produktion umgestellt werden.

Mitbestimmung

Nach wie vor bestimmen die Profit- und Machtinteressen der Unternehmer die Produktion. Ihnen gehören immer noch die Produktionsmittel, und sie entscheiden darüber, was und wie produziert wird. Eine Mitbestimmung, bei der letztendlich doch die Kapitaleseite die Entscheidungen trifft, genügt nicht.

Die Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen bei der Vul-

kan-Werft in Bremen, bei Blohm und Voss in Hamburg und bei HDW in Kiel zeigen den Protest und den Widerstand der Kollegen gegen Massenentlassungen und Kurzarbeit.

Der Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze muß, um erfolgreich zu sein, mit folgenden Forderungen geführt werden:

- * Erhalt aller Arbeitsplätze!
- * Gerechte Verteilung der (gesellschaftlich notwendigen) Arbeit auf alle!
- * Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
- * Planvolle Umstellung der Rüstungsindustrie auf die Herstellung gesellschaftlich nützlicher Produkte!
- * Überführung der Rüstungsindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
- * Leitung der Firmen durch Aufsichtsräte, denen zu gleichen Teilen Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat angehören!

Andreas Schmid, Kiel
SPD-Mitglied

Gerichtsurteil verunsichert Ausländer:

Ausweisung von Sozialhilfeempfängern

Ein sechzigjähriger türkischer Staatsangehöriger ist 1961 zur Arbeitsaufnahme in die BRD eingereist. Aufgrund einer Lungentuberkulose mußte er von 1963 bis 1968 in stationäre Behandlung. Seit 1977 bezieht er von der Landesversicherungsanstalt Württemberg eine Erwerbsunfähigkeitsrente in Höhe von monatlich ca. 300,- DM. Als er seine Aufenthaltserlaubnis verlängern wollte - dies tat er jährlich, obwohl er längst eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis hätte beantragen können - wurde sie ihm verweigert. Begründung: Eine Erwerbsunfähigkeitsrente von 300,- DM sei zur Bestreitung des Lebensunterhalts zu niedrig, und daher hätte früher oder später Sozialhilfe beantragt werden müssen.

Obwohl der Betroffene keinen Sozialhilfeantrag stellen wollte, reichte laut Urteil des Bundesverwaltungsgerichts "...der begründete Verdacht künftiger Inanspruchnahme von Sozialhilfe" aus. Dabei würde es sich um keinen Verstoß gegen den Art. 6 Abs. a des europäischen Fürsor-

geabkommens handeln, da dieser Paragraph lediglich solange schützt, wie es sich um einen erlaubten Aufenthalt handelt.

Weiterhin heißt es in dem Urteil: "Nach Ablauf einer befristeten Aufenthaltserlaubnis müsse sich ein Ausländer seine

Der hessische Innenminister Grieb (FDP) folgte einen allgemeinen Grundsatz daraus und verschickte ihn an alle hessischen Behörden:

"Die weitere Anwesenheit eines Ausländers berührt grund-

Dieses Urteil kann nur dazu führen, daß auch Ausländer, die eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzen, nicht sicher davon sind, daß diese neu befristet und damit "heruntergestuft" wird. Viele sind verbittert und oft fällt der Satz: "Wir werden wie Zitronen ausgepreßt, und nun schmeißt man die Schale weg..."

Viele entschließen sich überstürzt für eine Rückkehr in das

Ursprungsland, wo sie eine neue Existenz aufbauen möchten.

Doch bei den meisten wird diese Illusion schon bald zerstört. Einige haben aber auch erkannt, daß gekämpft werden muß. Sonst werden sich stets Minderheiten finden, die als Sündenböcke in die Wüste geschickt werden.

Maria Clara Roque, Wiesbaden
SPD- und Falkenmitglied



Hilfsbedürftigkeit und den damit verbundenen Bezug von Sozialhilfe im Verfahren auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis als Beeinträchtigung der Belange der Bundesrepublik Deutschland entgehalten lassen."

sätzlich Belange der BRD von beachtlichem Gewicht bereits dann, wenn zu erwarten ist, daß er seinen Lebensunterhalt auf Dauer nicht ohne Inanspruchnahme von Sozialhilfe bestreiten kann."

ABONNIERT VORAN

Ich möchte VORAN abonnieren...

und habe 7,- DM auf das Postscheckkonto Hans-Gerd Öfnger, PschA Essen Nr. 170 20-433 überwiesen. (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung ab Nr. 62 erfolgt nach Zahlungseingang.

Name: _____

Adresse: _____

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75